

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft.



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 8 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Abgabe durch den Postboten 2,20 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk. bei Postbestellung. Einzelhefte 10 Pf. Die Postbestellung ist zu empfehlen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist an der Poststraße 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei ist an der Poststraße 10. Die Druckerei ist an der Poststraße 10.

Wilsdruff-Dresden, Freitag, den 19. Oktober 1928. Nr. 246. — 87. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 246. — 87. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 19. Oktober 1928.

Schmerzensfinder.

Man weiß, daß der Generalagent Parker Gilbert schon seit langem eine endgültige Festlegung des Dawes-Planes betreibt, und zweifellos ist es dieser Agitation mit zu verdanken, daß auf der Genfer Zusammenkunft der in Frage kommenden Großmächte wenigstens die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Revision des Dawes-Planes angeklagt wurde. Man spricht sogar auch von einer vielleicht schon im kommenden Winter erfolgenden Einberufung einer neuen „Dawes-Konferenz“ — aber damit verspricht man sich wohl allzuviel. Jedenfalls haben die gegenwärtigen Unterhandlungen Parker Gilberts mit der englischen Regierung eigentlich nur dazu geführt, die vorhandenen Schwierigkeiten nur noch deutlicher zu enthüllen.

In Frankreich ist man nämlich durchaus nicht zurückhaltend geblieben hinsichtlich der Höhe der endgültig festzusetzenden Summe. Von dem einstigen Restsumme der 130 Milliarden ist man ja abgekommen, aber nun mindestens verlangt man eine Summe, die die Kapitalisierung der jetzigen deutschen Jahreszahlungen, also der 2,5 Milliarden, darstellt. Das wäre natürlich eine rein äußerliche „Revision“ des Dawes-Planes, während Deutschland alles daran setzen muß, die Höhe der Jahreszahlungen herabzusetzen.

Man sollte dabei doch dem ursprünglichen Sinn der Reparationen wieder ein wenig auf die Fährte helfen! Dem unterliegenden Deutschland ist in Versailles — dem Wortlaut nach — die Verpflichtung zur „Wiedergutmachung der Kriegsschäden“ auferlegt worden, die „von Deutschland verursacht“ seien. Man schob ihm die Schuld für alle derartigen Schäden zu. Aber — sie sind restlos beglichen und die Reparations(Wiederherstellungs-)Sachleistungen dienen völlig andern Zwecken. Frankreich und Belgien beziffern die Kosten des Wiederaufbaus in den vom Kriege heimgesuchten Gebieten auf rund 100 Milliarden Frank (etwa 16 Milliarden Mark), haben aber andererseits bereits Milliardensummen und -schwerte über sich erhalten. Nun werden diese deutschen Reparationsverpflichtungen dauernd in Zusammenhang gebracht mit den Schäden, die Frankreich bzw. England während des Krieges kontrahiert haben, namentlich bei Amerika. Diese soll — wie man es namentlich in Paris will — Deutschland auch übernehmen, soll also sozusagen den ganzen Krieg bezahlen; also nicht bloß die Schäden wieder gutmachen. Man traut es Deutschland in allem Ernst zu, die Kraft zur Tragung dieser Gesamtlast zu besitzen.

Daß selbst die 2,5 Milliarden Jahresleistungen Deutschlands letzten Endes nur durch Waren „bezahlt“ werden, durch Arbeit, durch Lieferungen, ist klar. Amerika und England lassen sich aber überhaupt nur in barem Gelde überweisen, was sie als Anteil zu erhalten haben. Frankreich, Belgien, aber auch die kleinen Staaten werden mit deutschen Waren beliefert, die mit der Wiedergutmachung an Kriegsschäden — die weder Japan noch das im Kriege überhaupt gar nicht vorhandene Polen oder Jugoslawien aufzuweisen haben — nichts, aber auch gar nichts zu tun haben, dafür aber auf unsere Kosten die wirtschaftliche Konkurrenzlast jener Länder fortwährend zahlen. Man würde viel lieber Geld nehmen, aber Deutschlands Währung würde sofort zusammenbrechen, wenn man von ihm nur Geld haben wollte. So ist Parker Gilberts Schmerzensfindung diese Transaktionsfrage, deren Lösung, weil sie ihm offenbar als unmöglich erscheint, er freundschaftlich einfach — Deutschland überlassen will. Genau so ist's mit der Mobilisierung der deutschen, an die Reparationskommission gelieferten Reparationsschuldscheine. An welcher Börse der Welt sollen denn die gewünschten Milliarden nicht bloß aufgelegt, sondern sogar gezeichnet werden? Gerade auf diese Unmöglichkeit hat nicht bloß Parker Gilbert, sondern auch der englische Schatzkanzler Churchill ganz offen hingewiesen.

Unlösbare Probleme, Unmöglichkeit, trotzdem wirtschaftliche Forderungen die Fülle! Es wird daher schon des ersten „Normaljahres“ des Dawes-Planes abgewartet. Und inzwischen alles tut, um die enge Verbindung zwischen den deutschen und interalliierten Zahlungsverpflichtungen dazu den Charakter der Rheinlandsbefestigung als „Haupthandlung“ der Welt als lauter Selbstverständlichkeiten hinzustellen. Dagegen vor allem müßte sich die deutsche Politik richten, weil es immer deutlicher wird, daß von der „Revision des Dawes-Planes“ zwar sehr viel geredet, aber eben nur — geredet wird.

Siedlungsvorgen in der Grenzmark.

(Von einem die Grenzmark bereisenden Journalisten.)
Meseitz, im Oktober.
Wald ist es ein Jahrzehnt her, daß uns im Osten die durch deutschen Fleiß blühend entwickelten Gebiete entrissen worden sind, die zum „Polnischen Korridor“ geschlossen wurden. Gesehen ist uns ein verträumtes Acker mit blühenden, gesunden Grenzen, die letzte Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, die in diesen Tagen auf Einladung ihrer Provinzialregierung von Vertretern der deutschen Presse aller Parteien besucht worden ist, um der Öffentlichkeit zu zeigen, was in der letzten Provinz geschaffen worden ist und welche besonderen Aufgaben hier noch der Lösung harren.
In allen Parteien ist man sich darüber einig, daß nirgend-

Für und gegen die Todesstrafe

Soll das Todesurteil wegfallen?

Die Beratungen des Strafrechtsausschusses.
Vor eine der wichtigsten Entscheidungen ist jetzt der Strafrechtsausschuß des Reichstages gestellt, der über das neuzuschaffende Strafrecht zu beschließen hat. Soll die Todesstrafe in Deutschland aufgehoben werden oder nicht? Man weiß, wie scharf in dieser Beziehung die Geister gegenüberstehen und welche harten Kämpfe im Parlament deshalb ausgefochten worden sind, ohne daß bisher die Gegner der Todesstrafe durchgedrungen sind. Eine besondere Rolle spielt bei den letzten Verhandlungen auch die erstrebte Rechtsangleichung mit Österreich und die Anschlussfrage. In Österreich ist bekanntlich die Todesstrafe abgeschafft und bei einer Rechtsangleichung könnte über diesen Punkt schließlich hinweggegangen werden. Im Reichstage selbst werden, ganz gleich, wie der Ausschuss jetzt entscheiden wird, noch tiefgehende und hartnäckige Auseinandersetzungen über die Frage zu erwarten sein.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Beschlusses über die Strafen im neuen Strafrechtsgesetzbuch. Er beschäftigte sich zunächst mit der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe. Vorsitzender Dr. Kahl erinnerte in seinem einleitenden Vortrag daran, daß bei den Beratungen im früheren Reichstage die Reichsregierung betont habe, sie halte die Zeit für die Abschaffung der Todesstrafe noch nicht für gekommen. Die Anträge auf Beseitigung seien damals mit 17 gegen 11 Stimmen im Ausschuss abgelehnt worden.

Minister Koch für Abschaffung.

Das war das bemerkenswerteste Moment bei der Debatte im Ausschuss. Koch erklärte, daß er sich als ein Freund der Abschaffung der Todesstrafe betrachte. Er verzichtete darauf, alle die Gründe noch einmal anzuführen, die schon im vorigen Reichstage für die Beseitigung der Todesstrafe geltend gemacht worden sind. Besonders hob er hervor, daß die Bevölkerung Deutschlands trotz der schweren Kriegsjahre, der Revolutionen und Inflationszeiten ein außerordentlich hohes sittliches und moralisches Empfinden zeige. Die

meisten Länder Europas lämen ohne die Todesstrafe aus und es sei nicht einzusehen, warum man sich in Deutschland an die Verbeibaltung der Todesstrafe halten solle. Die Verhängung der Todesstrafe gegen einen Schuldlosen, die selbst beim besten Prozedurverfahren und beim besten Richterpersonal nicht vollkommen auszuschließen sei, müsse als furchtbares Unglück angesehen werden, da es auf keine Weise wieder gutgemacht werden könne. Einen Vorbehalt müsse er freilich machen, um nicht der Unaufrichtigkeit beschuldigt zu werden. Für Zeiten außerordentlicher Gefahren könne der Staat auf die Todesstrafe nicht verzichten, kein Staat auf der Welt habe für solche Fälle der staatlichen Notwehr gänzlich auf die Todesstrafe verzichtet.

Die Aussprache.

Dann traten die Abg. Rosenfeld (Soz.) und Hölein (Komm.) für Abschaffung der Todesstrafe ein. Der bayerische Volksparteiler und frühere Reichsjustizminister Emminger setzte sich persönlich, ohne für seine Partei zu sprechen, für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe ein. Er beantragte lediglich, an Mördern unter 21 Jahren die Todesstrafe nicht zu vollstrecken. Der Redner gab zu bedenken, daß noch immer 6 Prozent der gesamten menschlichen Bevölkerung unter der Herrschaft der Todesstrafe stehen. Im letzten Jahrhundert sei kein einziger beweiskräftiger Fall der Hinrichtung eines unschuldig Beurteilten vorgekommen.

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kahl sprach nur für seine Person. Er bezeichnete gleichfalls als einzigen Gesichtspunkt bei der Beurteilung dieser Frage die Sicherung von Staat und Gesellschaft. Ein Bedenken gegen die Aufhebung der Todesstrafe sei niemals aus der Welt zu schaffen. Gleichwohl, so erklärte der Redner weiter, habe er es für seine Pflicht, angesichts der unerkennbaren Bewegung gegen die Todesstrafe die Frage ihrer Aufhebung auf das gewissenhafteste zu prüfen.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell erklärte, er habe alle Argumente gegen die Todesstrafe ernst und sorgsam gewürdigt, sei aber nicht in der Lage, seinen bisherigen Standpunkt anzugeben. Der Redner behielt sich die endgültige Stellungnahme seiner Fraktion zu diesem Vorlage vor.

Für die Deutschnationalen sprach Abgeordneter Dr. Haemann. Er betonte, daß in der Praxis die Staaten auf die Todesstrafe nicht verzichten könnten. Rummehr vertagte sich der Ausschuss.

wo Siedlung so not tut, wie gerade in diesen Ostgebieten, die von dem ständig vordringenden Slaventum fortwährend bedroht sind. Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen ist das menschenärmste unter allen Gebieten des Reiches. Beispielsweise ist der Kreis Deutsch-Krone, der so groß ist wie das ganze Land Lippe, mit nur 31 Einwohnern auf den Quadratkilometer das menschenärmste Stück auf der ganzen deutschen Landkarte.

Längs der ganzen östlichen Grenze gibt es aber, einen Wall von deutschen Bauernhöfen in dichter und breiter Kette zu schaffen; das Siedeln ist hier nicht nur eine volkswirtschaftliche, es ist vielmehr eine staatsnotwendigelei.

Bei der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft wird Großgrundbesitz zum Kauf in solchem Umfang angeboten, daß die Beschaffung des nötigen Landes jederzeit erfolgen kann. Dennoch hat die Umsiedlung im Laufe des Jahrzehntes nach dem Kriege nur geringe Erfolge zu verzeichnen. Es sind in der gesamten Grenzmark seit 1922 insgesamt nur 380 Siedlerstellen geschaffen worden, und zwar einschließlich der Anliegersiedlungen. Dabei leidet die Grenzmark andererseits unter einer fortgeschrittenen Abwanderung

alteingesessener Familien nach dem Westen.

Man muß an Ort und Stelle gewesen sein, um den ungenügenden Erfolg der bisherigen Siedlung zu verstehen. Es liegt, um das vorwegzunehmen, bestimmt nicht an dem mangelnden guten Willen irgendeiner Dienststelle; es zeigt sich aber, daß an vielen Stellen ein Kleinsiedeln überhaupt unmöglich ist. Teils befindet sich alles Land in den Händen von Klein- und Mittelbauern, die bei der geringen Güte des Bodens selbst Mühe haben zu bestehen, oder es sprechen Umstände mit, wie sie folgendes Beispiel zeigt: im Kreis Deutsch-Krone befindet sich (in gut deutscher Hand) eine Herrschaft von nicht weniger als 43.000 Morgen unmittelbar an der neuen polnischen Grenze. Aber das ist alles Waldland, geringster Sand und Regenüberschwemmungsgebiet, kann also nur als Forst genutzt werden und bietet nicht genug Ackerflächen für seine letzten Bewohner.

Anderwärts hat es sich gezeigt, daß die Siedlungslustigen durchaus nicht ohne weiteres als Siedler geeignet waren. Im Kreise Deutsch-Krone hat man

Ruhrückwanderer angestellt. Man hat für Leute, die aus dem Osten stammten, im Auhofenbergsbau invalid geworden waren und nun wieder in die alte Heimat wollten, Heimstätten geschaffen. Sehr hübsche, saubere Häuschen mit drei Zimmern und Küche, Stall, Hof und zwei Morgen Land. Hier sollten sie ihre Rente verzehren, sich eine Arbeit nebenbei suchen, ihre größeren Kinder auf Landarbeit schicken und bei 27 Mark Abzahlung im Monat in 28 Jahren Eigentümer ihrer Siedlungsstellen werden. Das Reich und der Kreis haben große Opfer für diese Siedlung gebracht, aber es zeigt sich, daß die Leute, die in die schmuden Häuschen eingezogen sind, mit ganz geringen Ausnahmen sich nicht mehr in

die bescheidenen Lebensansprüche des Ostens zurückfinden können. Sie haben Sehnsucht nach dem Industriegebiet, seinen größeren Bequemlichkeiten, seinen höheren Löhnen, sogar nach dem Lärm der Fabriken, und verwünschen den Tag, an dem sie in die alte Heimat zurückgekehrt sind.

Auch ein Teil der westlichen Bauernhöfe findet sich in den östlichen Siedlungen mit den Verhältnissen des neuen Klimas und des fargergeren Bodens schwer zurecht. Der Bauernaufstellung aber zieht vor allem der Geldmangel, an dem ganz Deutschland leidet, sehr bestimmte Grenzen.

Inzwischen bleiben die Polen nicht untätig. Sie haben ihr altes Ziel, bis zur Oder vorzudringen, keinen Augenblick aus den Augen verloren. Wo ein Stück deutschen Landes zum Verkauf steht, meldet sich ein Pole. Kann der deutsche Käufer nur mühsam eine Anzahlung leisten, der Pole bietet die Barauszahlung des ganzen Kaufpreises und überbietet den Deutschen. Wie die Polen hierbei systematisch und planvoll vorgehen, wird in einem besonderen Bericht dargelegt werden.

Im weiten Reiche aber bestimmt man sich viel zuwenig um diesen stillen erbitterten Kampf, der sich ununterbrochen in der Grenzmark abspielt und bei dem das Deutschstum vorläufig in eine unheilvolle, an vielen Stellen schon beinahe verzweifelte Abwehrstellung gedrängt ist.

Deutsch-polnische Verhandlungen gefährdet?

Kritischer Stand.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind in ein kritisches Stadium getreten. Nachdem der deutsche Verhandlungsleiter, Reichsminister a. D. Dr. Herms, nach Berlin zurückgetreten ist, sind die preussischen Minister in eingehende Beratungen über die Angelegenheit eingetreten. Auf polnischer Seite soll man in letzter Zeit eine besondere Hartnäckigkeit entfalten und sich schärf ablehnd gegenüber einzelnen deutschen Forderungen verhalten, die man schon früher teilweise zugestanden hatte.

Dem Vernehmen nach hatte die deutsche Delegation den Polen ein Ausfuhrkontingent von 200.000 Schweinen zugestanden und ebenso ein monatliches Kohlenkontingent von 200.000 Tonnen. Vor wenigen Tagen hat der deutsche Unterhändler den Polen ein weiteres Zugeständnis für die Ausfuhr von Schweinen und Kohlen angeboten. Polen aber verlange jetzt die völlig freie Einfuhr von Vieh sowie von Schweine- und Rindfleisch. — Dr. Herms soll in Berlin erklärt haben, daß er unter den jetzigen Umständen keinerlei Möglichkeiten für eine Fortführung der Verhandlungen sähe.